

Stämpfli Handkommentar

Nicolas Facincani
Reto Sutter
(Herausgeber)

Waffengesetz (WG)

Fatih Aslantas • Michael Bopp • Boris Etter • Nicolas Facincani • Juliane Jendis • Benjamin
Leupi-Landtwig • Reto Sutter



Stämpfli Verlag

Am 1. Januar 1999 ist das schweizerische Waffengesetz in Kraft getreten. Dieses wurde in der Folge mehrere Male revidiert. Obschon das Waffengesetz in der Praxis oft Anwendung findet, fehlte es in der Schweiz weitgehend an einer diesbezüglichen juristischen Auseinandersetzung. Der vorliegende Kommentar soll diese Lücke schliessen, indem er unter Berücksichtigung der aktuellsten Literatur und Rechtsprechung die aktuell geltenden Bestimmungen des Waffengesetzes erläutert. Dabei werden sämtliche relevanten Themenbereiche behandelt. Aufgrund der Tatsache, dass in der Schweiz viele Personen eine Waffe besitzen und sich dadurch mit Rechtsfragen rund um Waffen auseinandersetzen müssen, wird dieser Kommentar nicht nur für Juristen, sondern auch für weitere Interessierte ein wertvolles Hilfsmittel sein.

Nicolas Facincani
Dr. Reto Sutter
(Herausgeber)

Waffengesetz (WG)

Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und
Munition vom 20. Juni 1997 (WG)

Autoren:

Fatih Aslantas, Michael Bopp, Boris Etter, Nicolas Facincani, Juliane Jendis,
Benjamin Leupi-Landtwig, Reto Sutter



Stämpfli Verlag

Waffengesetz

Zitiervorschlag:

SHK – BEARBEITER, Art. x WG, N y

Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt. Jede Form der Weitergabe an Dritte (entgeltlich oder unentgeltlich) ist untersagt. Die Datei enthält ein verstecktes Wasserzeichen, in dem die Daten des Downloads hinterlegt sind.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, der Verbreitung und der Übersetzung. Das Werk oder Teile davon dürfen ausser in den gesetzlich vorgesehenen Fällen ohne schriftliche Genehmigung des Verlags weder in irgendeiner Form reproduziert (z. B. fotokopiert) noch elektronisch gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

© Stämpfli Verlag AG Bern · 2017
www.staempfliverlag.com

E-Book ISBN 978-3-7272-4570-1

Über unsere Online-Buchhandlung www.staempflishop.com sind zudem folgende Ausgaben erhältlich:

Print ISBN 978-3-7272-5156-6
Bundle ISBN 978-3-7272-5159-7
Judocu ISBN 978-3-0354-1373-1



Vorwort

Per 1. Januar 1999 ist das erste schweizweit geltende Waffengesetz in Kraft getreten. Dieses Gesetz wurde seither verschiedene Male überarbeitet und es ist davon auszugehen, dass das derzeit geltende Waffenrecht, nicht zuletzt auch aufgrund des Druckes aus dem Ausland, erneut revidiert werden wird.

Eigentum an Waffen ist in der Schweiz weit verbreitet. Zudem wird das Recht auf Waffenerwerb und Waffenbesitz insbesondere politisch immer wieder thematisiert. Auch in der Verwaltungsrechts- und der Strafrechtspraxis stellen sich immer Fragen mit Bezug zum Waffengesetz. Ungeachtet dieser Tatsachen fehlt es aber in der Schweiz weitgehend an Monographien und Kommentierungen zum Waffengesetz. Nur vereinzelt sind Publikationen verfügbar. Oft haben sich in der Vergangenheit die rechtsanwendenden Behörden auf Publikationen des Bundesamtes für Justiz verlassen. Diese Lücke soll nun mit dem vorliegenden Kommentar geschlossen werden.

Der vorliegende Kommentar soll helfen, sich in den Bestimmungen des Waffenrechts besser zurechtzufinden. Im vorliegenden Kommentar haben sich die Autoren insbesondere mit den zum Waffenrecht ergangenen Bundesgerichtsentscheiden sowie mit der kantonalen Rechtsprechung auseinandergesetzt. Doch auch die verfügbare Literatur sowie die Materialien wurden verarbeitet.

Der Dank der Herausgeber gilt vorab den Autoren, welche ihre Beiträge meist neben starker beruflicher Belastung in Nacht- und Sonntagsarbeit verfasst haben.

Herzlich danken möchten wir auch dem Stämpfli Verlag, insbesondere Frau Tina Hooker, für die fachkundige Unterstützung, welche eine speditive Fertigstellung des Werks ermöglicht hat.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Kommentar jeweils nur die männliche Form verwendet. Selbstverständlich ist die weibliche Form jeweils miteingeschlossen.

Dezember 2016

Nicolas Facincani

Reto Sutter

Autorenverzeichnis

FATIH ASLANTAS, lic. iur., LL.M.,
Rechtsanwalt in Weinfelden
Art. 1–4; 17–22; 33–36 WG

MICHAEL BOPP, lic. iur., LL.M.,
Rechtsanwalt in Zürich
Art. 5–6b; 7b–10a; 26–28a WG

BORIS ETTER, lic. iur., LL.M., LL.M.,
Rechtsanwalt in Zürich
Art. 7–7a; 11–11a; 38–43 WG

NICOLAS FACINCANI, lic. iur., LL.M.,
Rechtsanwalt in Zürich
Art. 28b–32 WG

JULIANE JENDIS, B.A., BLaw,
Juristin in Zürich
Art. 5, 10, 18a–18b, 21, 30a–31, 32a^{bis}–c WG

BENJAMIN LEUPI-LANDTWING, MLaw, LL.M., CAS Forensics,
Rechtsanwalt in Zürich
Art. 12–16a; 24–25b WG

RETO SUTTER, Dr. iur., LL.M., CAS Forensics,
Rechtsanwalt in Zürich
Art. 22a–23; 32a–32k WG

Inhaltsübersicht

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Zentrales Literaturverzeichnis	XVII
Zentrales Materialverzeichnis	XIX
1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen	
<i>1. Abschnitt: Gegenstand, Geltungsbereich und Begriffe</i>	
Art. 1 Zweck und Gegenstand.....	1
Art. 2 Geltungsbereich.....	5
Art. 3 Recht auf Waffenerwerb, Waffenbesitz und Waffentragen.....	9
Art. 4 Begriffe.....	11
<i>2. Abschnitt: Allgemeine Verbote und Einschränkungen</i>	
Art. 5 Verbote im Zusammenhang mit Waffen, Waffenbestandteilen und Waffen- zubehör.....	24
Art. 6 Verbote und Einschränkungen im Zusammenhang mit Munition.....	33
Art. 6a Erbgang.....	36
Art. 6b Amtliche Bestätigung.....	41
Art. 7 Verbot für Angehörige bestimmter Staaten.....	43
Art. 7a Durchführung.....	50
Art. 7b Verbotene Formen des Anbietens.....	53
2. Kapitel: Erwerb und Besitz von Waffen und wesentlichen Waffenbestandteilen	
<i>1. Abschnitt: Erwerb von Waffen und wesentlichen Waffenbestandteilen</i>	
Art. 8 Waffenerwerbsscheinpflcht.....	56
Art. 9 Zuständigkeit.....	70
Art. 9a Amtliche Bestätigung.....	73
Art. 9b Gültigkeit des Waffenerwerbsscheins.....	76
Art. 9c Meldung der übertragenden Person.....	80
Art. 10 Ausnahmen von der Waffenerwerbsscheinpflcht.....	82
Art. 10a Prüfung durch die übertragende Person.....	90
Art. 11 Schriftlicher Vertrag.....	95
Art. 11a Leihweise Abgabe von Sportwaffen an unmündige Personen.....	106
<i>2. Abschnitt: Besitz von Waffen und wesentlichen Waffenbestandteilen</i>	
Art. 12 Voraussetzungen.....	112
3. Kapitel: Erwerb und Besitz von Munition und Munitionsbestandteilen	
Art. 15 Erwerb von Munition und Munitionsbestandteilen.....	126
Art. 16 Erwerb an Schiessanlässen.....	132
Art. 16a Besitzberechtigung.....	135

4. Kapitel: Waffenhandel und Waffenherstellung

1. Abschnitt: Waffenhandel

Art. 17 136

2. Abschnitt: Waffenherstellung

Art. 18 Gewerbmässiges Herstellen, Reparieren und Umbauen 143
 Art. 18a Markierung von Feuerwaffen 146
 Art. 18b Markierung von Munition..... 150
 Art. 19 Nichtgewerbmässiges Herstellen und Umbauen 152
 Art. 20 Verbotene Abänderungen 155

3. Abschnitt: Buchführung und Auskunftspflicht

Art. 21 Buchführung 157
 Art. 22 Auskunftspflicht 161

5. Kapitel: Auslandsgeschäfte

Art. 22a Aus- und Durchfuhr, Vermittlung und Handel 162
 Art. 22b Begleitschein 165
 Art. 22c Kontrolle durch die Eidgenössische Zollverwaltung 170
 Art. 23 Anmeldepflicht..... 172
 Art. 24 Gewerbmässiges Verbringen in das schweizerische Staatsgebiet..... 175
 Art. 24a Einzelbewilligung 183
 Art. 24b Generalbewilligung für Nichtfeuerwaffen 185
 Art. 24c Generalbewilligung für Waffen, Waffenbestandteile und Munition 187
 Art. 25 Nichtgewerbmässiges Verbringen in das schweizerische Staatsgebiet..... 189
 Art. 25a Vorübergehendes Verbringen von Feuerwaffen im Reiseverkehr 195
 Art. 25b Vorübergehende Ausfuhr von Feuerwaffen im Reiseverkehr 202

6. Kapitel: Aufbewahren, Tragen und Transportieren von Waffen und Munition, missbräuchliches Tragen gefährlicher Gegenstände

Art. 26 Aufbewahren 209
 Art. 27 Waffentragen 216
 Art. 27a Rahmenbewilligung auf dem Gebiet der schweizerischen Flughäfen..... 231
 Art. 28 Transport von Waffen..... 234
 Art. 28a Missbräuchliches Tragen gefährlicher Gegenstände..... 240

7. Kapitel: Ausnahmbewilligungen, Kontrolle, administrative Sanktionen und Gebühren

Art. 28b Ausnahmbewilligungen 245
 Art. 29 Kontrolle..... 250
 Art. 30 Entzug von Bewilligungen..... 255
 Art. 30a Meldung verweigerter und entzogener Bewilligungen 257

	Seite
Art. 30b	Melderecht..... 259
Art. 31	Beschlagnahme und Einziehung 261
Art. 31a	Entgegennahme von Waffen durch die Kantone..... 275
Art. 31b	Meldestelle 277
Art. 31c	Zentralstelle..... 279
Art. 31d	Nationale Koordinationsstelle zur Auswertung von Schusswaffenspuren ... 284
Art. 32	Gebühren 286
 7a. Kapitel: Datenbearbeitung und Datenschutz	
<i>1. Abschnitt: Datenbearbeitung</i>	
Art. 32a	Informationssysteme..... 289
Art. 32a ^{bis}	Verwendung der AHV-Versichertennummer 298
Art. 32b	Inhalte der Datenbanken..... 301
Art. 32c	Bekanntgabe von Daten..... 309
<i>2. Abschnitt: Datenbearbeitung und Datenschutz im Rahmen der Schengen-Assoziierungsabkommen</i>	
Art. 32d	Bekanntgabe von Personendaten an einen Schengen-Staat..... 317
Art. 32e	Bekanntgabe von Personendaten an einen Staat, der durch keines der Schengen-Assoziierungsabkommen gebunden ist 319
Art. 32g	Auskunftsrecht..... 327
<i>3. Abschnitt: Meldepflichten</i>	
Art. 32j	Meldungen im Bereich der Militärverwaltung..... 328
Art. 32k	Meldepflicht der kantonalen Behörden und der Meldestellen..... 331
 8. Kapitel: Strafbestimmungen	
Art. 33	Verbrechen und Vergehen 333
Art. 34	Übertretungen 344
Art. 35	Widerhandlungen in Geschäftsbetrieben 353
Art. 36	Strafverfolgung..... 355
 9. Kapitel: Schlussbestimmungen	
Art. 38	Vollzug durch die Kantone 357
Art. 40	Vollzugsbestimmungen des Bundesrates..... 359
Art. 42	Übergangsbestimmung 361
Art. 42a	Übergangsbestimmung zur Änderung vom 17. Dezember 2004..... 365
Art. 43	Referendum und Inkrafttreten..... 366
Stichwortverzeichnis 367

Abkürzungsverzeichnis

3D	dreidimensional
AB	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch vom 1. Juni 1811, ASW LR 210.0
ABl. L	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Ausgabe L (Rechtsvorschriften)
Abs.	Absatz
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 20. Dezember 1946 (Stand am 1. Oktober 2016) (SR 831.10)
AJP	Aktuelle Juristische Praxis
a.M.	anderer Meinung
ANAG	Bundesgesetz vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (BS 1 121)
ARMADA	Waffeninformationsplattform des Bundes
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung
ASWA	Datenbank zur Auswertung von Schusswaffenspuren an Waffen, Munition, insbesondere Tatmunition, und an Personen, die an Straftaten beteiligt oder von ihnen betroffen waren
Aufl.	Auflage
AWM	Arbeitsgruppe Waffen und Munition
BB	Bundesbeschluss
BB1	Bundesblatt
BG	Bundesgesetz
BGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des schweizerischen Bundesgerichts
BK	Berner Kommentar
BSK	Basler Kommentar
bspw.	beispielsweise
Bst.	Buchstabe
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand am 1. Januar 2016) (SR 101)
BWIS	Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit vom 21. März 1997 (Stand am 16. Juli 2012) (SR 120)
bzw.	beziehungsweise
CA	Brombenzylcyanid
ca.	circa
CHE	Dreibuchstabencode der NATO (North Atlantic Treaty Organization) für die Schweiz
CHF	Schweizer Franken (auch Fr.)
ChemG	Bundesgesetz über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen vom 15. Dezember 2000 (Stand am 13. Juni 2006) (SR 813.1)
ChemV	Verordnung über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen vom 5. Juni 2015 (Stand am 1. Februar 2016) (SR 813.11)
cm	Zentimeter
CN	ù-Chloracetophenon
CO ₂	Kohlendioxid
CR	Dibenz(b,f)-1,4-oxazepin

Abkürzungsverzeichnis

CS	o-Chlorbenzylidenmalonsäuredinitril)
DANTRAG	Datenbank mit Daten betreffend das Erteilen und Erneuern von Bewilligungen nach dem Waffengesetz, Daten über die Koordination der Tätigkeiten der kantonalen Vollzugsbehörden sowie mit Dokumenten, die die Zentralstelle Waffen, die Zollbehörden und die kantonalen Polizeibehörden elektronisch austauschen
DARUE	Datenbank über Markierungen zur Rückverfolgbarkeit von Feuerwaffen und deren Munition
DAWA	Datenbank über die Überlassung von Waffen der Armee zu Eigentum und über Stellungspflichtige und Angehörige der Armee, bei denen nach Artikel 113 des Militärgesetzes vom 3. Februar 1995 ein Hinderungsgrund für den Besitz einer persönlichen Waffe besteht
DEBBWA	Datenbank über den Entzug und die Verweigerung von Bewilligungen und die Beschlagnahme von Waffen
DEWA	Datenbank über den Erwerb von Waffen durch ausländische Staatsangehörige ohne Niederlassungsbewilligung
DEWS	Datenbank über den Erwerb von Waffen durch Personen mit Wohnsitz in einem anderen Schengen-Staat
d.h.	das heisst
Diss.	Dissertation
DSG	Bundesgesetz über den Datenschutz vom 19. Juni 1992 (Stand am 1. Januar 2014) (SR 235.1)
E.	Erwägung
ECRA	European Cartridge Research Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EJPD/EJP	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMRK	Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (SR/RS 0.101)
et al.	et alii/aliae (und andere)
etc.	et cetera (und so weiter)
EU	Europäische Union
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
fedpol	Bundesamt für Polizei
f.	und folgende/r (Artikel, Seite etc.)
ff.	und folgende (Artikel, Seiten etc.)
FRT	Firearms Reference Table
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Bundesgesetz über die Kontrolle zivil und militärisch verwendbarer Güter, besonderer militärischer Güter sowie strategischer Güter vom 13. Dezember 1996 (Stand am 1. Juli 2016) (SR 946.202)
GKV	Verordnung über die Kontrolle zivil und militärisch verwendbarer Güter, besonderer militärischer Güter sowie strategischer Güter vom 3. Juni 2016 (Stand am 23. August 2016) (SR 946.202.1)
HK	Handkommentar
HPI	Projekt Harmonisierung der Polizeiinformatik
Hrsg.	Herausgeber
inkl.	inklusive
ID	Identitätskarte

i.d.R.	in der Regel
i.K.	in Kraft
i.S.	im Sinne
i.S.v.	im Sinne von
ISSF	International Shooting Sport Federation
IT	Informationstechnik
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
JSV	Verordnung über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel vom 29. Februar 1988 (Stand am 15. Juli 2015) (SR 922.01)
KGER	Kantonsgericht Kanton Appenzell Ausserrhoden
KMG	Bundesgesetz über das Kriegsmaterial vom 13. Dezember 1996 (Stand am 1. Februar 2013) (SR 514.51)
KMV	Verordnung über das Kriegsmaterial vom 25. Februar 1998 (Stand am 1. Oktober 2015) (SR 514.511)
Kt.	Kanton
KWV	Verordnung über den Vollzug des eidgenössischen Waffenrechts des Kantons Bern vom 15. Dezember 2004 (Stand am 1.1.2012) (BSG 943.511.1)
lit.	litera
LS	Zürcher Loseblattsammlung
m.a.W.	mit anderen Worten
m.E.	meines Erachtens
MG	Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung vom 3. Februar 1995 (Stand am 13. September 2016) (SR 510.10)
mm	Millimeter
MStG	Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927 (Stand am 1. Oktober 2016) (SR 321.0)
MUNDA	Datenbank über die Hauptmerkmale von Munition
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
N	Note
NEV	Verordnung über elektrische Niederspannungserzeugnisse vom 25. November 2015 (Stand am 20. April 2016) (SR 734.26)
Nr.	Nummer
ODA	Reglement über die Organisation der Ausbildungsdienste (51.024)
OGE	Obergerichtsentscheide des Kantons Schaffhausen
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (Stand am 1. Juli 2016) (SR 220)
OS	Offizielle Sammlung der seit dem 10. März 1831 erlassenen Gesetze, Beschlüsse und Verordnungen des Eidgenössischen Standes Zürich
PAVA	Pelargonsäurevanillylamid
PolG/ZH	Polizeigesetz des Kantons Zürich vom 23. April 2007 (LS 550.1)
Pra	Die Praxis des Bundesgerichts (Basel)
PSN	Informationssystem integrierte Ressourcenbewirtschaftung
RB	Thurgauer Rechtsbuch
RBOG	Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kanton Thurgau
RL	Richtlinie
Rz.	Randziffer
S.	Seite(n)

Abkürzungsverzeichnis

SAA	Schengen Assoziierungsabkommen (SR 0.362.31)
SDÜ	Schengener Durchführungsübereinkommen vom 19. Juni 1990
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
sog.	sogenannt(e)
SprstG	Bundesgesetz über explosionsgefährliche Stoffe vom 25. März 1977 (Stand am 1. Januar 2013) (SR 941.41)
SR	Systematische Rechtsammlung
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (Stand am 1. Oktober 2016) (SR 311.0)
TG	Thurgau
u.a.	unter anderem
u.E.	unseres Erachtens
UN	United Nations (Vereinte Nationen; auch VN oder UNO)
UNO	United Nations Organization (Vereinte Nationen; auch VN oder UN)
u.U.	unter Umständen
USA	United States of America (Vereinigte Staaten)
usw.	und so weiter
u.z.	und zwar
VBS	Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
VGH	Verwaltungsgerichtshof des Fürstentums Liechtenstein
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen (auch UN oder UNO)
VPAA	Verordnung über die persönliche Ausrüstung der Armeemangehörigen vom 5. Dezember 2003 (Stand am 1. Januar 2015) (SR 514.10)
VStrR	Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht vom 22. März 1974 (Stand am 1. Oktober 2016) (SR 313.0)
VZAG	Verordnung über die operative Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten zum Schutz der Aussengrenzen des Schengen-Raums vom 26. August 2009 (Stand am 1. September 2015) (SR 631.062)
WafVO	Waffenverordnung des Kantons Zürich vom 16. Dezember 1998 (LS 552.1)
WANDA	Datenbank über die Hauptmerkmale von Waffen
WG	Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 20. Juni 1997 (Stand am 1. Juli 2016) (SR 514.54)
WV	Verordnung über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 2. Juli 2008 (Stand am 1. Juli 2016) (SR 514.541)
z.B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des bernischen Juristenvereins
ZG	Zollgesetz vom 18. März 2005 (Stand am 1. August 2016) (SR 631.0)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (Stand am 1. April 2016) (SR 210)
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZP	Zusatzprotokoll
ZStP	Zürcher Steuerpraxis
z.T.	zum Teil
ZV	Zollverordnung vom 1. November 2006 (Stand am 1. August 2016) (SR 631.01)

Zentrales Literaturverzeichnis

- BENJAMIN AMSLER/LUDVINE CALDERARI, La réglementation des armes à feu par la loi fédérale sur les armes, AJP 2014, 309–326 (zit. AMSLER/CALDERARI, AJP 2014)
- THOMAS COTTIER/NICOLAS DIEBOLD/ISABEL KÖLLIKER/RACHEL LIECHTI-MCKEE/MATTHIAS OESCH/TETYANA PAYOSOVA/DANIEL WÜGER, Die Rechtsbeziehungen der Schweiz und der Europäischen Union, Bern 2014 (zit. COTTIER et al., Rechtsbeziehungen)
- ANDREAS DONATSCH, Strafrecht III. Delikte gegen den Einzelnen, 10. Aufl., Zürich 2013 (zit. DONATSCH, Strafrecht)
- MARC ENGELER, in: MARCEL ALEXANDER NIGGLI/HANS WIPRÄCHTIGER (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafrecht II, Art. 111–392 StGB, 3. Aufl., Basel 2013, Art. 260^{quater} StGB (zit. BSK-ENGELER)
- WOLFGANG ERNST, in: HEINRICH HONSELL/NEDIM PETER VOGT/THOMAS GEISER (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, Art. 457–977 ZGB und Art. 1–61 SchlT ZGB, 5. Aufl., Basel 2015, Art. 919 ZGB (zit. BSK-ERNST)
- GERHARD FIOKA, Das Tragen von Waffen an öffentlich zugänglichen Orten, AJP 8/2003, 935–943 (zit. FIOKA, AJP 2003)
- STEFAN FLACHSMANN/PATRICK FLURI/GERITT GÖRLICH KÄSER/BERNHARD ISENRING/STEFAN WEHRENBURG, Tafeln zum Militärstrafrecht, 3. Auflage, Zürich 2014 (zit. FLACHSMANN et al., Militärstrafrecht)
- MARC FORSTER, in: MARCEL ALEXANDER NIGGLI/HANS WIPRÄCHTIGER (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafrecht I, Art. 1–110 StGB und Jugendstrafgesetz, 3. Aufl., Basel 2013, Art. 26 StGB (zit. BSK-FOSTER)
- MARTINA FUCHS, Die Haftung des Familienhaupts nach Art. 333 Abs. 1 ZGB im veränderten sozialen Kontext, ZStP 202/2007, 243–265 (zit. FUCHS, ZStP 2007)
- DIEGO R. GFELLER/ADRIAN BIGLER, Zwangsmassnahmen nach StPO versus polizeiliche Zwangsmassnahmen nach PolG/ZH, forumpoenale 2/2014, 105–110 (zit. GFELLER/BIGLER, forumpoenale 2014)
- ULRICH HÄFELIN/GEORG MÜLLER/FELIX UHLMANN, Allgemeines Verwaltungsrecht, 7. Aufl., Zürich/St. Gallen 2016 (zit. HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht)
- STEPHANIE HRUBESCH-MILLAUER, Neuere Gesetzgebung und Rechtsprechung aus dem Erbrecht, AJP 2010, 501–509 (zit. HRUBESCH-MILLAUER, AJP 2010)
- HANS RAINER KÜNZLE, Aktuelle Praxis zur Willensvollstreckung (2014–2015), successio 2016, 26–43 (zit. KÜNZLE, successio 2016)
- PHILIPPE MEIER: Protection des données. Fondements, principes généraux et droit privé, Précis de droit 2010, 79–116 (zit. MEIER, Précis de droit 2010)
- LUDWIG A. MINELLI, Urteilsbesprechung – Bezirksgericht Zürich, 4. Abteilung – Einzelgericht, 16. April 2014 (GG130292-L/U), AJP 2016, 1106–1109 (zit. MINELLI, AJP 2016)
- MARKUS MOHLER, in: BERNHARD EHRENZELLER/BENJAMIN SCHINDLER/RAINER J. SCHWEIZER/KLAUS A. VALLENDER (Hrsg.), Die schweizerische Bundesverfassung, St. Galler Kommentar, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2014, Art. 107 und 118 BV (zit. ST. GALLER KOMMENTAR-MOHLER)

- MARCEL ALEXANDER NIGGLI/CHRISTOF RIEDO, in: MARCEL ALEXANDER NIGGLI/HANS WIPRÄCHTIGER (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafrecht II, Art. 111–392 StGB, 3. Aufl., Basel 2013, Art. 139 StGB (zit. BSK-NIGGLI/RIEDO)
- CHRISTOF RIEDO/STEFAN MAEDER, Das Schuldprinzip in Zeiten der Überregulation. Über die unausgesprochene Pflicht des Einzelnen, ein Jura-Studium zu absolvieren, in: EVA MARIA BELSER/BERNHARD WALDMANN (Hrsg.), Mehr oder weniger Staat? Festschrift für Peter Hänni zum 65. Geburtstag, Bern 2015, 83–95 (zit. RIEDO/MAEDER, Schuldprinzip)
- NIKLAUS SCHMID, Handbuch des Schweizerischen Strafprozessrechts, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2013 (zit. SCHMID, Handbuch)
- DAVID ROSENTHAL, in: DAVID ROSENTHAL/YVONNE JÖHRI: Handkommentar zum Datenschutzgesetz sowie weiteren, ausgewählten Bestimmungen, Zürich 2016, Art. 4 und 6 DSG (zit. HK-ROSENTHAL)
- FELIX SCHÖBI, Die Haftung der Eltern für das Verhalten ihrer Kinder, recht 2002, 186–190 (zit. SCHÖBI, recht 2002)
- MARTIN SCHUBARTH/PETER ALBRECHT, Kommentar zum schweizerischen Strafrecht, Schweizerisches Strafgesetzbuch Besonderer Teil, 2. Band: Delikte gegen das Vermögen, Bern 1990, (zit. SCHUBARTH/ALBRECHT, Strafrecht)
- INGEBORG SCHWENZER, in: HEINRICH HONSELL/NEDIM PETER VOGT/WOLFGANG WIEGAND (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, Art. 1–529 OR, 6. Aufl., Basel 2015, Art. 13 OR (zit. BSK-SCHWENZER)
- EMIL W. STARK, Berner Kommentar, Band IV: Das Sachenrecht, 3. Abteilung: Besitz und Grundbuch, 1. Teilband: Der Besitz, Art. 919–941 ZGB, 3. Aufl., Bern 2001, Art. 919 ZGB (zit. BK-STARK)
- GÜNTER STRATENWERTH/GUIDO JENNY/FELIX BOMMER: Schweizerisches Strafrecht, Besonderer Teil I: Straftaten gegen Individualinteressen, 7. Aufl., Bern 2010 (zit. STRATENWERTH/JENNY/BOMMER, Strafrecht)
- PETER TUOR/BERNHARD SCHNYDER/JÖRG SCHMID/ALEXANDRA JUNGO, Das Schweizerische Zivilgesetzbuch, 14. Aufl., Zürich 2015 (zit. TUOR/SCHNYDER/SCHMID/JUNGO, Zivilgesetzbuch)
- STÉPHANE VOISARD, L'auxiliaire dans la surveillance administrative du droit bancaire et financier au droit administrative général, Diss. Fribourg 2014 (zit. VOISARD, surveillance administrative)
- PHILIPPE WEISSENBERGER, Schlüsselanhänger als Waffe – Urteil 6S.94/2003, ZBJV 2003, 919–921 (zit. WEISSENBERGER, ZBJV 2003)
- PHILIPPE WEISSENBERGER, Die Strafbestimmungen des Waffengesetzes (unter Berücksichtigung von Art. 260^{quater} StGB), AJP 2000, 153–171 (zit. WEISSENBERGER, AJP 2000)
- HANS WÜST, Erbrecht und Waffengesetzrevision – was muss der Erbrechtspraktiker wissen?, successio 2009, 137–138 (zit. WÜST, successio 2009)
- HANS WÜST, Schweizer Waffenrecht, Zürich 1999 (zit. WÜST, Waffenrecht)

Zentrales Materialverzeichnis

- Botschaft zum Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 24. Januar 1996 (BBI 1996 I 1053 ff.)
- Botschaft betreffend das Bundesgesetz über die Straffung der Bundesgesetzgebung im Bereich von Waffen, Kriegsmaterial, Sprengstoff sowie zivil und militärisch verwendbarer Güter vom 24. Mai 2000 (BBI 2000 3369 ff.)
- Botschaft zur Genehmigung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union, einschliesslich der Erlasse zur Umsetzung der Abkommen («Bilaterale II») (BBI 2004 5965 ff.)
- Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und an Dublin vom 17. Dezember 2004 (BB-Schengen, BBI 2004 7149 ff.)
- Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 11. Januar 2006 (BBI 2006 2713 ff.)
- Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie 51/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 zur Änderung der Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) und zu einer Änderung des Waffengesetzes (Anpassung der Umsetzung des Schengen-Besitzstands) vom 13. Mai 2009 (BBI 2009 3649 ff.)
- Botschaft betreffend die Genehmigung und Umsetzung des UNO-Feuerwaffenprotokolls (Entwurf I) und die Änderung des Waffengesetzes (Entwurf II) vom 25. Mai 2011 (BBI 2011 4555)
- Botschaft zum Bundesgesetz über Verbesserungen beim Informationsaustausch zwischen Behörden im Umgang mit Waffen vom 13. Dezember 2013 (BBI 2014 303 ff.)
- Broschüre «Schweizerisches Waffenrecht» des Bundesamtes für Polizei fedpol, Zentralstelle Waffen, Stand September 2014 (zit. BROSCHÜRE Waffenrecht)
- Erläuterungen zum Änderungserlass betreffend die Verordnung über Waffen, Waffenzubehör und Munition (SR 514.541) in Umsetzung der Ziffer 5 des Bundesgesetzes vom 25. September 2015 über Verbesserungen beim Informationsaustausch zwischen Behörden im Umgang mit Waffen (zit. ERLÄUTERUNGEN 2016)
- Erläuterungen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements EJPD, Bundesamt für Polizei (fedpol), Teilrevision der Waffenverordnung (Anpassung «Länderliste» und Einreichung Strafregisterauszug an das kantonale Waffenbüro) vom November 2013 (zit. ERLÄUTERUNGEN 2013)
- Erläuterungen zum Änderungserlass betreffend die Verordnung über Waffen, Waffenzubehör und Munition (SR 514.541) in Umsetzung der Richtlinie 2008/51/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 zur Änderung der Waffenrichtlinie (zit. ERLÄUTERUNGEN 2010)
- Formularvertrag «Schriftlicher Vertrag für die Übertragung einer Waffe» des Bundesamtes für Polizei fedpol, Zentralstelle Waffen, vom März 2014 (zit. FORMULARVERTRAG)
- Medienmitteilung des Bundesrates vom 12. Februar 2014 «Waffenverbot: Bundesrat passt Länderliste an» (zit. MEDIENMITTEILUNG 2014)

Zentrales Literaturverzeichnis

- Merkblatt für den Handel mit Imitations-, Schreckschuss- und Soft-Air-Waffen des Bundesamtes für Polizei fedpol, Zentralstelle Waffen, vom 19. Juli 2010 (zit. MERKBLATT Handel)
- Merkblatt «Schussfähige Miniaturkanonen, Böllerkanonen» des Bundesamtes für Polizei fedpol, Zentralstelle Waffen, vom 21. April 2010 (zit. MERKBLATT Miniaturkanonen)
- Merkblatt «Pepper Gun der Firma Mace USA» des Bundesamtes für Polizei fedpol, Zentralstelle Waffen, vom 27. April 2010 (zit. MERKBLATT Pepper Gun)
- Merkblatt «Schreckschusswaffen die über eine Abschussvorrichtung für pyrotechnische Gegenstände verfügen oder mit einer solchen ausgerüstet werden können» des Bundesamtes für Polizei fedpol, Zentralstelle Waffen, vom 24. November 2009 (zit. MERKBLATT Schreckschusswaffen)
- Merkblatt «Signalpistolen Kaliber 4» des Bundesamtes für Polizei fedpol, Zentralstelle Waffen, vom 7. Juni 2010 (zit. MERKBLATT Signalpistolen)

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

1. Abschnitt: Gegenstand, Geltungsbereich und Begriffe

Art. 1

Zweck und Gegenstand	<p>¹ Dieses Gesetz hat zum Zweck, die missbräuchliche Verwendung von Waffen, Waffenbestandteilen, Waffenzubehör, Munition und Munitionsbestandteilen zu bekämpfen.</p> <p>² Es regelt den Erwerb, das Verbringen in das schweizerische Staatsgebiet, die Ausfuhr, das Aufbewahren, den Besitz, das Tragen, den Transport, das Vermitteln, die Herstellung von und den Handel mit:</p> <p>a. Waffen, wesentlichen oder besonders konstruierten Waffenbestandteilen und Waffenzubehör;</p> <p>b. Munition und Munitionsbestandteilen.</p> <p>³ Es hat zudem zum Zweck, das missbräuchliche Tragen von gefährlichen Gegenständen zu verhindern.</p>
But et objet	<p>¹ La présente loi a pour but de lutter contre l'utilisation abusive d'armes, d'éléments essentiels d'armes, de composants d'armes spécialement conçus, d'accessoires d'armes, de munitions et d'éléments de munitions.</p> <p>² Elle régit l'acquisition, l'introduction sur le territoire suisse, l'exportation, la conservation, la possession, le port, le transport, le courtage, la fabrication et le commerce:</p> <p>a. d'armes, d'éléments essentiels d'armes, de composants d'armes spécialement conçus et d'accessoires d'armes;</p> <p>b. de munitions et d'éléments de munitions.</p> <p>³ Elle a également pour but de prévenir le port abusif d'objets dangereux.</p>
Scopo e oggetto	<p>¹ La presente legge ha lo scopo di prevenire l'impiego abusivo di armi, parti essenziali di armi, accessori di armi, munizioni ed elementi di munizioni.</p> <p>² Essa disciplina l'acquisto, l'introduzione sul territorio svizzero, l'esportazione, la custodia, il possesso, il porto, il trasporto, la mediazione, la fabbricazione e il commercio di:</p> <p>a. armi, parti di armi essenziali o costruite appositamente e accessori di armi;</p> <p>b. munizioni ed elementi di munizioni.</p> <p>³ La presente legge ha inoltre lo scopo di impedire il porto abusivo di oggetti pericolosi.</p>

Inhaltsübersicht	Seite
I. Allgemeines	2
II. Missbrauchsbekämpfung (Abs. 1)	2
III. Regulierte Handlungen im Umgang mit Waffen und Munition (Abs. 2)	3
IV. Verhinderung des missbräuchlichen Tragens von gefährlichen Gegenständen (Abs. 3)	3

Materialien und Literatur

Botschaft zum Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 24. Januar 1996 (BBl 1996 I 1053 ff.); Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 11. Januar 2006 (BBl 2006 2713 ff.); MARKUS MOHLER, in: BERNHARD EHRENZELLER/BENJAMIN SCHINDLER/RAINER J. SCHWEIZER/KLAUS A. VALLENDER (Hrsg.) Die schweizerische Bundesverfassung, St. Galler Kommentar, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2014, Art. 107 und 118 BV (zit. ST. GALLER KOMMENTAR-MOHLER); HANS WÜST, Schweizer Waffenrecht, Zürich 1999 (zit. WÜST, Waffenrecht).

I. Allgemeines

- 1 Das Waffengesetz in der jetzigen Form trat am 1. Januar 1999 in Kraft. Davor war das Waffenrecht vor allem in kantonalen Gesetzen sowie im Konkordat über den Handel mit Waffen und Munition (SR 54.542) geregelt, welches die Kantone (mit Ausnahme des Kantons Aargau) am 27. März 1969 abgeschlossen hatten. Das Konkordat erwies sich jedoch als lückenhaft – und ebenso die kantonale Gesetzgebung. Auf eine Standesinitiative sowie eine parlamentarische Initiative hin unterbreitete die Bundesversammlung Volk und Ständen einen neuen Verfassungsartikel (altArt. 40^{bis} BV), welcher schliesslich angenommen wurde. Dieser Verfassungsartikel entspricht dem heutigen Art. 107 Abs. 1 BV, mit welchem dem Bund die Kompetenz übertragen wurde, Vorschriften gegen den Missbrauch von Waffen, Waffenzubehör und Munition zu erlassen. Mit dem Erlass des Waffengesetzes und der entsprechenden Verordnungen und Reglemente hat der Bund von dieser Kompetenz Gebrauch gemacht.

II. Missbrauchsbekämpfung (Abs. 1)

- 2 In Art. 1 Abs. 1 WG wird der Zweck und Gegenstand des Gesetzes umschrieben. Ziel ist die Bekämpfung des Missbrauchs von Waffen, Waffenbestandteilen, Waffenzubehör, Munition und Munitionsbestandteilen. Dies entspricht der in Art. 107 Abs. 1 BV an den Bund übertragenen Kompetenz, Missbräuche mit Waffen, Munition und deren Bestandteile zu verhindern. Obwohl nicht explizit aufgeführt, geht es insbesondere um die Verhinderung von Verbrechen und Vergehen, die mit Waffen ausgeübt werden, d.h. um einen bestmöglichen Schutz der öffentlichen Sicherheit (vgl. ST. GALLER KOMMENTAR-MOHLER,

Art. 107 BV N. 16). Schliesslich liegt dann ein Missbrauch vor, wenn gegen die Vorschriften des WG verstossen wird.

III. Regulierte Handlungen im Umgang mit Waffen und Munition (Abs. 2)

Nachdem gemäss Abs. 1 allgemein die **Missbrauchsbekämpfung** im Vordergrund steht, hält Art. 1 Abs. 2 WG fest, dass das Gesetz den Erwerb, das Verbringen in die Schweiz, das Aufbewahren, den Besitz, das Tragen, den Transport, das Vermitteln, die Herstellung sowie den Handel mit Waffen, wesentlichen oder besonders konstruierten Waffenbestandteilen und -zubehör sowie von Munition und Munitionsbestandteilen regelt. 3

Der **Begriff des Erwerbs** (vgl. dazu Art. 5 und 8 Abs. 1 WG) im Sinne des Gesetzes beinhaltet alle möglichen Formen der Eigentums- bzw. Besitzesübertragung wie z.B. Kauf, Tausch, Schenkung, Erbschaft, Miete und Gebrauchsleihe (BBl 1996 I 1057; vgl. auch WÜST, Waffenrecht, 66 ff.). Zum **Begriff des Verbringens** in die Schweiz kann auf Art. 5 und 24 ff. WG verwiesen werden. Die Terminologien des **Aufbewahrens**, **Tragens** sowie des **Transports** sind in Art. 26 ff. WG zu finden (vgl. entsprechende Kommentierungen). Art. 5 sowie 7 WG enthalten Bestimmungen zum **Vermitteln** von Waffen. Die Herstellung von Waffen ist in Art. 18 sowie 19 WG geregelt. Nach Art. 5 Abs. 2 WG ist der **Besitz** von bestimmten Waffen verboten (bezüglich Munition vgl. Art. 6 Abs. 1 WG). Im Übrigen enthalten Art. 12 sowie Art. 16a WG Bestimmungen zum rechtmässigen Besitz von Waffen und Munition. 4

In Umsetzung von Art. 1 Abs. 2 WG sieht das Waffengesetz diverse Verbote (vgl. Art. 5, 7b, 19 Abs. 1, 20, 28a, 17 WG), Bewilligungspflichten (vgl. Art. 8, 17, 18, 24, 24a, 24b, 24c, 25, 25a, 27, 27a WG) sowie verschiedene Meldepflichten vor. Schliesslich werden Zuwiderhandlungen gegen das WG gemäss Art. 33 f. WG geahndet. 5

IV. Verhinderung des missbräuchlichen Tragens von gefährlichen Gegenständen (Abs. 3)

Seit dem 12. Dezember 2008 regelt das Waffengesetz ebenfalls das missbräuchliche Tragen von gefährlichen Gegenständen. Gemäss Botschaft (BBl 2006 2753) stützte sich die Vorlage auf Art. 107 Abs. 1 BV, der dem Bund den Auftrag und die Kompetenz zum Erlass von Vorschriften gegen den Waffenmissbrauch erteilt. Ein (potentiell) gefährlicher Gegenstand fällt jedoch nicht per se unter den Begriff der Waffe gemäss WG, weshalb Art. 107 Abs. 1 BV nicht als genügende Rechtsgrundlage dienen konnte, ein entsprechendes Verbot zu erlassen. Deshalb stützte sich der Gesetzgeber bei der damaligen Vorlage wohl auch 6

auf Art. 118 Abs. 2 lit. a BV (BB1 2006 2727), was jedoch nicht ganz zu überzeugen vermag. Bei besagter Verfassungsbestimmung geht es primär um Gegenstände, welche die Gesundheit unmittelbar gefährden können (vgl. ST. GALLER KOMMENTAR-MOHLER, Art. 118 BV N. 3). Ein Baseballschläger, Eisenrohr etc. ist nicht unmittelbar gesundheitsgefährdend, sondern einzig bei einer entsprechenden (missbräuchlichen) Verwendung als Schlagwaffe. Vor diesem Hintergrund ist die verfassungsrechtliche Grundlage schwach. Das Verbot des missbräuchlichen Tragens gefährlicher Gegenstände ist in Art. 28a WG geregelt (vgl. dortige Kommentierung).

Art. 2

Geltungsbereich

¹ Dieses Gesetz gilt weder für die Armee noch für den Nachrichtendienst des Bundes noch für die Zoll- und die Polizeibehörden. Es gilt mit Ausnahme der Artikel 32a^{bis}, 32c und 32j auch nicht für die Militärverwaltungen.

² Für antike Waffen gelten nur die Artikel 27 und 28 sowie die entsprechenden Strafbestimmungen dieses Gesetzes. Als antike Waffen gelten vor 1870 hergestellte Feuerwaffen sowie vor 1900 hergestellte Hieb-, Stich- und andere Waffen.

³ Die Bestimmungen der eidgenössischen Jagd- und Militärgesetzgebung bleiben vorbehalten.

Champ d'application

¹ La présente loi ne s'applique ni à l'armée, ni au Service de renseignement de la Confédération, ni aux autorités douanières et policières. Elle ne s'applique pas non plus aux administrations militaires, sauf dans les cas visés aux art. 32a^{bis}, 32c et 32j.

² Les armes anciennes sont régies uniquement par les art. 27 et 28 et par les dispositions pénales pertinentes de la présente loi. Par armes anciennes, on entend les armes à feu fabriquées avant 1870 et les armes blanches ou autres armes fabriquées avant 1900.

³ La législation fédérale sur la chasse et la législation fédérale militaire sont réservées.

Campo d'applicazione

³ La presente legge non si applica né all'esercito, né al Servizio delle attività informative della Confederazione, né alle autorità doganali e di polizia. Ad eccezione degli articoli 32a^{bis}, 32c e 32j, non si applica neppure alle amministrazioni militari.

² Alle armi antiche si applicano unicamente gli articoli 27 e 28, nonché le relative disposizioni penali della presente legge. Per armi antiche s'intendono le armi da fuoco fabbricate prima del 1870, nonché le armi da taglio e da punta e altre armi fabbricate prima del 1900.

³ Sono salve le disposizioni della legislazione federale sulla caccia e quelle della legislazione federale militare.

Inhaltsübersicht

Seite

I. Allgemeines	6
II. Ausnahmen vom Geltungsbereich des Gesetzes (Abs. 1).....	6
III. Antike Waffen (Abs. 2).....	6
IV. Vorbehalt der eidgenössischen Jagd- und Militärgesetzgebung (Abs. 3)	7

Materialien und Literatur

Botschaft zum Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 24. Januar 1996 (BBl 1996 I 1053 ff.); Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 11. Januar 2006 (BBl 2006 2713 ff.); STEFAN FLACHSMANN/PATRICK FLURI/GERITT GÖRLICH KÄSER/BERNHARD ISENRING/STEFAN WEHRENBURG, Tafeln zum Militärstrafrecht, 3. Aufl., Zürich 2014 (zit. FLACHSMANN et al., Militärstrafrecht).

I. Allgemeines

- 1 Art. 2 WG regelt den Geltungsbereich des Gesetzes und bestimmt Ausnahmen von dessen Anwendbarkeit auf gewisse Institutionen und Behörden (Abs. 1). Zudem legt es fest, welche Waffen als antik gelten, die von den Bestimmungen des Waffentragens (Art. 27 WG) und -transports (Art. 28 WG) und deren Strafbestimmungen ausgenommen sind. Schliesslich enthält Abs. 3 der Bestimmung einen Vorbehalt zugunsten der eidgenössischen Jagd- und Militärgesetzgebung.

II. Ausnahmen vom Geltungsbereich des Gesetzes (Abs. 1)

- 2 Absatz 1 nimmt die Armee, den Nachrichtendienst des Bundes sowie die Zoll- und Polizeibehörden vom Anwendungsbereich des WG aus. Als Polizeiorgane sind alle Organe und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verstehen, die per Gesetz mit der Erfüllung polizeilicher Aufgaben betraut sind (Kantons- und Gemeinde- bzw. Stadtpolizei, Bahnpolizei, Strafvollzugsbehörden etc.). Für die Ausübung ihrer **dienstlichen** Pflichten sind diese Personen von den Bestimmungen des WG ausgenommen. Hingegen gelangt das WG bei einer Verwendung von Waffen, Waffenzubehör und Munition durch diese Personen zu **privaten** Zwecken zur Anwendung (BBl 1996 I 1057; BBl 2006 2727).
- 3 Das Waffengesetz findet grundsätzlich ebenso keine Anwendung auf die Militärverwaltungen. Mit der Einführung der Art. 32a^{bis}, 32c sowie 32j WG, welche die Meldung und den Abruf von Daten betreffen, wurde Art. 2 Abs. 1 WG der Klarheit halber dahingehend ergänzt, dass jene Bestimmungen hingegen ebenfalls für die Militärverwaltung gelten. Insbesondere Art. 32c Abs. 3 WG ermöglicht es auch der Militärpolizei entsprechende Daten abzufragen.

III. Antike Waffen (Abs. 2)

- 4 Im Zusammenhang mit antiken Waffen gelten einzig die Bestimmungen bezüglich des Waffentragens (Art. 27 WG) sowie des Waffentransports (Art. 28 WG) sowie die entsprechenden Strafbestimmungen (Art. 33 ff. WG).

Die Definition des Begriffs «antike Waffe» wurde mit den Änderungen des Waffengesetzes, welche am 12. Dezember 2008 in Kraft traten, ins Gesetz aufgenommen. Als antike Waffen gelten seither vor 1870 hergestellte Feuerwaffen sowie vor 1900 hergestellte Hieb-, Stich- und andere Waffen. Bis zur Aufnahme der Legaldefinition ins Gesetz war der Begriff in der WV geregelt; als antik galten Hand- und Faustfeuerwaffen, die vor 1890 hergestellt wurden (altArt. 2 lit. a WV). Begründet wurde diese zeitliche Rückversetzung in der parlamentarischen Beratung damit, dass Art. 82 lit. a des Schengener Besitzstand-Übereinkommens (*Schengen-Besitzstand-Übereinkommen zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Staaten der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen*) dies so vorsehe und auch für die Schweiz gelte (Votum Bürgi AB 2006 S 368; Votum Borer AB 2006 N. 1352). Dies war jedoch nicht ganz korrekt, da gemäss Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Anhang A des Abkommens zwischen der Schweiz und der EU (*Abkommen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Union, der Europäischen Gemeinschaft über die Assoziierung dieses Staates bei der Umsetzung, Anwendung und Entwicklung des Schengen-Besitzstands vom 26. Oktober 2004; SR 0.362.31*) die Artikel 77–91 des Schengener Besitzstand-Übereinkommens für die Schweiz nur insoweit gelten, als sie von der Richtlinie des Rates 91/477/EWG über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen abgedeckt sind. In jener Richtlinie wird der Begriff der antiken Waffe jedoch nicht definiert, sondern deren konkrete Definition den Mitgliedsstaaten überlassen. Gemäss Art. 3 Abs. 1 lit. f der EU-Verordnung Nr. 258/2012 vom 14. März 2012 zur Umsetzung des Artikels 10 des Protokolls der Vereinten Nationen gegen die unerlaubte Herstellung von Schusswaffen, dazugehörigen Teilen und Komponenten und Munition und gegen den unerlaubten Handel damit, in Ergänzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (VN-Feuerwaffenprotokoll) und zur Einführung von Ausfuhrgenehmigungen für Feuerwaffen, deren Teile, Komponenten und Munition sowie von Massnahmen betreffend deren Einfuhr und Durchfuhr gelten gar erst nach 1899 hergestellte Feuerwaffen nicht als antike Feuerwaffen. Somit hätte es der Gesetzgeber durchaus in der Hand gehabt, die zeitliche Grenze bei 1890 zu belassen.

IV. Vorbehalt der eidgenössischen Jagd- und Militärgesetzgebung (Abs. 3)

Absatz 3 enthält einen Vorbehalt zu Gunsten der eidgenössischen Jagdgesetzgebung sowie der Militärgesetzgebung. Diese Aufzählung ist nicht abschliessend, zumal auch andere Gesetze als *lex specialis* dem WG vorgehen (z.B. das Bundesgesetz über das Kriegsmaterial vom 13. Dezember 1996 [KMG; SR 514.51]; das

Bundesgesetz vom 15. Dezember 2000 über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen [Chemikaliengesetz, ChemG; SR 813.1] etc.).

- 7 Der Vorbehalt zugunsten der Militärgesetzgebung bedeutet, dass die persönlichen Waffen der Wehrpflichtigen nach jenen Bestimmungen aufzubewahren sind. Der Transport einer Waffe im Zusammenhang mit der Militärdienstpflicht, z.B. von und zu militärischen Schiessanlässen oder vom und zum Militärdienst, gilt nicht als ein «Tragen» im Sinne von Art. 27 WG (vgl. BBl 1996 I 1057; BBl 2006 2728), wobei der Vorbehalt zugunsten der Militärgesetzgebung nicht ausschliesst, dass das Militärstrafrecht (insbesondere das Militärstrafgesetz vom 13. Juni 1927, MStG; SR 321.0) sowie das WG gleichzeitig zur Anwendung gelangen können. Bei der missbräuchlichen Verwendung von Armeewaffen ausserhalb des Dienstes kann zusätzlich zu Art. 73 MStG auch das WG zur Anwendung kommen, da die Schutzbereiche der beiden Bestimmungen unterschiedlich sind: Bei Art. 73 MStG steht die ständige Einsatzbereitschaft des militärischen Materials im Vordergrund (FLACHSMANN et al., Militärstrafrecht, 132). Das Waffengesetz will die missbräuchliche Verwendung von Waffen, Waffenbestandteilen, Waffenzubehör, Munition und Munitionsbestandteilen verhindern. Wenn z.B. eine dienstpflichtige Person in seiner Freizeit unbefugt Munition verwendet und mit seiner Dienstwaffe Dritte verletzt, ist (nebst der strafbaren Handlung gegen Leib und Leben) ein zusätzlicher, vom MStG nicht abgedeckter Schutzbereich betroffen, weshalb in solchen Fällen neben dem MStG in echter Konkurrenz stets auch das WG anzuwenden ist (vgl. Urteil des Bundesgerichts 6B_347/2007 vom 29. November 2007).

Art. 3

Recht auf Waffen- erwerb, Waffen- besitz und Waffen- tragen

Das Recht auf Waffenerwerb, Waffenbesitz und Waffentragen ist im Rahmen dieses Gesetzes gewährleistet.

Droit d'acquérir,
de posséder et
de porter des armes

Le droit d'acquérir, de posséder et de porter des armes est garanti dans le cadre de la présente loi.

Diritto di acquisto,
possessione e porto
di armi

Il diritto di acquisto, possesso e porto di armi è garantito nell'ambito della presente legge.

Inhaltsübersicht

Seite

I. Allgemeines	9
II. Tragweite der Bestimmung.....	10

Materialien und Literatur

Botschaft zum Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 24. Januar 1996 (BB1 1996 I 1053 ff.); PHILIPPE WEISSENBERGER, Die Strafbestimmungen des Waffengesetzes (unter Berücksichtigung von Art. 260^{quater} StGB), AJP 2000, 153–171 (zit. WEISSENBERGER, AJP 2000).

I. Allgemeines

Art. 3 WG ist als Pendant zu Art. 1 WG zu sehen. Gemäss letzterer Bestimmung soll der Missbrauch von Waffen, Waffenbestandteilen, Waffenzubehör, Munition und Munitionsbestandteilen verhindert werden. Als Gegenstück gewährleistet Art. 3 WG das grundsätzliche Recht auf Waffenerwerb, Waffenbesitz und Waffentragen. 1

Obwohl die rechtliche Tragweite von Art. 3 WG beschränkt sein dürfte, wurde diese Bestimmung im Parlament heftig diskutiert, ja sogar dessen ersatzlose Streichung verlangt. Der Nationalrat ist diesem Antrag jedoch nicht gefolgt und hat die Bestimmung in der heutigen Form ins Gesetz aufgenommen (vgl. AB 1997 N. 23 ff.). 2

II. Tragweite der Bestimmung

- 3 In der Botschaft des Bundesrates zum damals neu eingeführten WG finden sich nur am Rande Ausführungen zu Art. 3 (BBl 1996 I 1061). In der parlamentarischen Debatte vertrat der damalige Bundespräsident Arnold Koller die Ansicht, dass dieser Bestimmung juristisch in erster Linie deklaratorischer Charakter zukomme und wohl kein subjektives Recht begründe. Wie weit das Recht auf Waffenerwerb, Waffenbesitz und Waffentragen gehe, bestimme sich insbesondere nach den einschlägigen Artikeln über den Erwerb, den Besitz und das Tragen von Waffen. Dennoch ging der Bundesrat von einem liberalen Prinzip des Waffenrechts aus und wollte dieses vor allem in Bezug auf die Armeeingehörigen, die Jäger und die Schützen in Art. 3 WG festhalten (vgl. AB 1997 N. 23 ff.).
- 4 In der Literatur wurde teilweise die Ansicht geäußert, diese Bestimmung sei trotz des deklaratorischen Charakters nicht ohne Risiko, da der Gesetzgeber beim Wort genommen werden könnte (WEISSEBERGER, AJP 2000, 155). Diese Befürchtung war unbegründet. Das Bundesgericht hat relativ rasch klargestellt, dass das Recht auf Waffenerwerb, Waffenbesitz und Waffentragen kein absolutes ist und vor allem nur (aber immerhin) im Rahmen der Bestimmungen des WG gewährleistet wird (vgl. Urteil des Bundesgerichts 2A.358/2000 vom 30. März 2001 E. 5b sowie Urteil des Bundesgerichts 2C_1271/2012 vom 6. Mai 2013 E. 3.3).